



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER OKTOBER 2026

BERND RÜTZEL

**Mitglied des
Deutschen Bundestages**

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreise:

Aschaffenburg und Würzburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax. 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

der goldene Oktober steht vor der Tür. Die Blätter verfärben sich und die Natur bereitet sich auf die Winterzeit vor. Ich genieße diese Zeit. Sie verschafft auch etwas mehr Ruhe. Gut tut uns gerade auch, dass das Wirtschaftswachstum doppelt so stark ausfallen soll, als die Experten es voraussahen. Unsere Fußballnationalmannschaft hat trotz der Niederlage gegen Griechenland stark nach vorne gespielt und Klopp hat nicht nur auf dem Platz die richtigen Worte gefunden.

Ich bin überzeugt, Menschen akzeptieren, dass es Reformen bei Rente, Pflege und Gesundheit braucht. Deutschland wird älter und der Strom von Zuwanderung in den Arbeitsmarkt wird geringer. Das stellt uns vor große Herausforderungen.

Aber alle spüren genau, wann es ungerecht zugeht. Deshalb gibt es Proteste und Kritik. Ich kann das sehr gut nachvollziehen und verstehe das auch. Also, nicht mit dem Kopf durch die Wand. Nicht weniger Hirn, aber deutlich mehr Herz. Ich wünsche uns einen goldenen Oktober.

Ihr/ Dein

Bernd Rützel



HERZLICHE EINLADUNG

Gegen Kinder- und Zwangsarbeit
Lieferkettengesetz in der Diskussion

Mi | 30.9.2026 | 18:00-19:30 Uhr
im Bürgerbüro Bernd Rützel
(Obertorstraße 13 | Gemünden)

Gastgeber:

Bernd Rützel, Mitglied des Deutschen Bundestages

Mit:

Rita Scheiner (WL Karlstadt)

Susanne Seitz (WL Lohr)

Christina Schlembach (WL Marktheidenfeld)

Wolfgang Fella und Doris Betz (WL Gemünden)

3



Rente

8



Fördergelder aus Berlin

KLARTEXT

OHNE STARKEN SOZIALSTAAT AUCH KEINE STARKE DEMOKRATIE



Solidarität ist das Fundament unseres Sozialstaates. Solidarität heißt: Der eine hilft dem anderen, wenn er ins Straucheln kommt. Das bedeutet aber nicht, dass Leistung keine Rolle spielt.

Wer arbeitet, eine Ausbildung macht und sich um seine Familie kümmert, muss darauf vertrauen können, dass sich diese Anstrengung lohnt. Aufstieg durch Bildung ist ein Kernversprechen des Sozialstaates - und der Sozialdemokratie. Wer sich anstrengt, soll die Chance haben, voranzukommen.

Dabei müssen wir immer bedenken: Das Schicksal klopft nicht an. Es tritt einfach ein: durch einen Unfall, Arbeitslosigkeit oder eine Miete, die plötzlich zu hoch ist. Dann muss unser Sozialstaat da sein.

Dieser Sozialstaat gehört uns allen. Wir finanzieren ihn mit unseren Beiträgen und Steuern. Wenn wir ihn brauchen, muss er da sein.

Ich habe Maschinenschlosser gelernt. Da gibt es eine alte Regel: „Nach fest kommt ab.“ Wer eine Schraube zu fest anzieht, macht sie kaputt. Deshalb gibt es den Drehmomentschlüssel. Auch in der Sozialpolitik muss man daher wissen, wann genug ist. Alle Forderungen müssen finanzierbar sein. Da müssen wir uns ehrlich machen. Alles geht nicht.

Trotzdem: Der Sozialstaat muss schützen, wenn man ihn braucht. Und er muss den Menschen die Werkzeuge an die Hand geben, ihr Leben selbst zu verbessern. Der Sozialstaat ist keine Wohltat, er ist aber auch keine Einbahnstraße. Wer ihn missbraucht, schadet uns allen. Und wer ihn überfordert, überfordert auch unsere Demokratie.

RENTEN-FAKTEN TEIL VII

Die Herausforderungen des demografischen Wandels sind nicht neu. Zwischen 1962 und 1992 halbierte sich schon einmal die Zahl der Erwerbstätigen, die einen Rentner versorgen musste. Damals zwangen die höheren Versorgungslasten die Älteren aber nicht dazu, den Gürtel enger zu schnallen. Im Gegenteil: Die Renten stiegen, ohne dass die Jüngeren unter der größeren Last zusammenbrachen. Wie war das möglich? Die Lösung des Rätsels heißt Produktivitätsfortschritt. Während die Arbeitszeit

schrumpfte, stieg die Wertschöpfung pro Kopf. Zwei Beschäftigte produzieren heute mehr als sechs Beschäftigte vor 60 Jahren. Technischer Fortschritt, eine effizientere Unternehmensorganisation und höhere Bildung werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass der oder die einzelne Beschäftigte immer mehr Waren und Dienstleistungen erzeugen kann.

Ein moderates jährliches Produktivitätswachstum würde demnach mehr als ausreichen, um die kommenden demografischen Herausforderungen zu bewältigen.

Produktivität schlägt Demografie.



RENTE

MEINE POSITION IST KLAR!

Ich habe mich frühzeitig festgelegt: Die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren (aktuell mit 64,5 Jahren möglich, landläufig aber weiterhin als "Rente mit 63" bezeichnet) muss bleiben!

Als die Rentenkommission am 23. Juni 2026 ihre Vorschläge vorgelegt hat, habe ich mich sofort positioniert. In einer Pressemitteilung vom gleichen Tag habe ich erklärt: „Wer mindestens 45 Jahre lang gearbeitet hat, muss weiter zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen dürfen. Diese Perspektive dürfen wir den Menschen nach einem anstrengenden Arbeitsleben nicht nehmen.“

Das ist eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung dieser Beschäftigten. Wer 45 Jahre und oft noch viel länger gearbeitet hat, hat genug geleistet. Ich werde im Gesetzgebungsprozess für alle kämpfen, die nach einem langen Arbeitsleben eine ab-



schlagsfreie Rente verdient haben. In dieser Haltung bestärken mich viele Bürgerinnen und Bürger, Betriebsräte, Sozialverbände und Gewerkschaften. Auch laut Umfragen wollen 75 Prozent der Menschen diese Rentenart behalten.

Der BR hat mich Mitte September hierzu interviewt. Den Beitrag kann man **HIER** anschauen. Und **HIER** gibt es zum Thema die Pressemitteilung der SPD-Landesgruppe Bayern mit Klartext von mir.

In meiner letzten Bürgersprechstunde wurde ich auch zu meiner Meinung zur Empfehlung der Rentenkommission gefragt, das sogenannte Blockmodell in der Altersteilzeit abzuschaffen. Und auch die Augsburger Allgemeine wollte meine Meinung dazu wissen: **HIER** nachzulesen.

„Das Blockmodell muss auf jeden Fall erhalten bleiben“, sagt der SPD-Abgeordnete Bernd Rützel, Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales im Bundestag, im Gespräch mit unserer Redaktion. „Das verlangen im Übrigen nicht nur die Gewerkschaften. Mir sagen auch Unternehmer: Warum wollt Ihr das abschaffen? Wir brauchen dieses Instrument.“ Die



NAHVERKEHR

MSP UND MIL SCHLECHT AUFGESTELLT

Alle zwei Jahre untersucht „Agora Verkehrswende“, wie gut wir in Deutschland an den öffentlichen Verkehr angebunden sind (**HIER** die Studie nachlesen!). Wie gut die Anbindung an den ÖPNV ist, hängt davon ab, ob man in der Stadt oder auf dem Land wohnt. Am deutlichsten ist hier der Abstand in Bayern. Das zeigt sich auch bei uns: In MSP gibt es für 67.000 Menschen (54% der Einwohner) kein gutes Mindestangebot im ÖPNV. Das ist ein Platz im unteren Mittelfeld im bundesweiten Vergleich. In MIL sind es 45 % (45.000 Menschen). Die Folge: 79 % aller Wegstrecken werden in MSP mit dem Auto zurückgelegt, in MIL sind es 75 %. Für mich macht das einmal mehr deutlich, dass wir gerade auf den Pendelstrecken zwischen Städten und Umland ein gutes ÖPNV-Angebot brauchen, damit möglichst viel Verkehr auf Bus und Bahn verlagert werden kann. Das kostet Geld, aber es ist sehr gut investiertes Geld.

Die Fahrgastzahlen im Nahverkehr steigen derweil: Im Vergleich zu 2025 haben im 1. Halbjahr 2026 gut 5,7 Mrd. Menschen den ÖPNV genutzt – ein Plus von 2 %. Anders im Fernverkehr, wo die Fahrgastzahlen um 2,4 % auf 71,4 Mio. sanken.

KALENDERBLATT



16.10.
1854

KENNST DU KARL KAUTSKY?

Karl Kautsky wurde am 16. Oktober 1854 in Prag geboren. Er war einer der einflussreichsten Theoretiker der europäischen Sozialdemokratie. Über Jahrzehnte prägte er die politischen Debatten der SPD – auch als Herausgeber der Zeitschrift „Die Neue Zeit“.

Besonders eng verbunden ist sein Name mit dem Erfurter Programm von 1891. Nach dem Ende des Sozialistengesetzes musste die SPD klären, wofür sie künftig stehen und wie sie gesellschaftliche Veränderungen erreichen wollte. Kautsky verfasste den theoretischen Teil des Programms, Eduard Bernstein arbeitete maßgeblich am praktischen Teil mit.

Das Erfurter Programm enthielt Forderungen, die erstaunlich modern wirken: allgemeines und gleiches Wahlrecht für Frauen und Männer, kommunale Selbstverwaltung, kostenlose Bildung, eine progressive Besteuerung, das Verbot von Kinderarbeit und den Achtstundentag.

Kautskys Bedeutung liegt deshalb nicht nur in seinen theoretischen Schriften. Er half dabei, aus politischen Grundüberzeugungen konkrete Forderungen zu entwickeln. Am 16. Oktober 2026 wäre Karl Kautsky 172 Jahre alt geworden. Sein Geburtstag erinnert uns auch an eine Zeit, in der die Sozialdemokratie begann, ihre Vorstellungen von Freiheit, Gerechtigkeit und politischer Teilhabe systematisch in ein Programm zu übersetzen.



congerdesign | pixabay.de

PISA-STUDIE

NEGATIV-TREND IN DEUTSCHLAND

Das Thema Bildung brennt vielen Bürgerinnen und Bürgern auf den Nägeln. Es ist vor allem bei Landtagswahlen (Bildung ist Ländersache) mit wahlentscheidend. Die neuen Negativ-Rekorde in der aktuellen PISA-Studie verdeutlichen, dass das Thema zu Recht als besonders wichtig angesehen wird.

Was PISA uns zeigt: In Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften haben die 15-Jährigen die niedrigsten Kompetenzwerte seit Beginn der Pisa-Erhebungen. Besonders hart trifft es Kinder aus sozial benachteiligten Familien. In kaum einem anderen Industrieland hängt der Bildungserfolg so stark von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland.

Was daraus folgen muss: Handlungsbedarf besteht daher vor allem bei der Chancengerechtigkeit. Hier muss möglichst früh angesetzt werden, um Nachteile aufzuholen, damit die sich nicht immer weiter verschärfen. Leistung und Talent müssen über Chancen entscheiden, nicht Herkunft und Geldbeutel der Eltern. Es gibt Konzepte und Programme, die es jetzt auszubauen, statt zu kürzen gilt:

- gebührenfreie Kitas (wie z.B. in Rheinland-Pfalz oder Brandenburg),
- gezielte Investitionen dort, wo Bildungschancen am schlechtesten sind (z.B. mit dem Startchancen-Programm),
- Sprachförderung von Anfang an (Sprach-Kitas),
- Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung,
- ausreichend Lehrkräfte, damit Unterricht nicht ausfällt.

Alle Kinder haben beste Bildungschancen verdient. Das ist nicht nur für ihren weiteren Lebensweg entscheidend, sondern für die Zukunft unseres Landes.

Doch gerade bei den Kommunen lässt die finanzielle Lage wenig Spielraum. Es ist gut, dass Bund und Länder sich im Sommer darauf geeinigt haben, dass der Bund durch seine Gesetzgebung entstehende Mehrkosten bei den Ländern und Kommunen zu großen Teilen übernimmt (Veranlasserprinzip). Um zusätzliche Mittel für eine Ausweitung und Ergänzung der Programme zu gewinnen, muss auch die Forderung eines höheren Beitrages sehr hoher Einkommen und Vermögen zum Gemeinwesen weiter diskutiert werden. Der SPD-Parteivorstand hat sich am 07.09.2026 mit dem Thema beschäftigt. Das Beschlusspapier gibt es **HIER**.

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
PARTEIVORSTAND

SPD

Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 07.09.2026

Zukunftsmodell statt Auslaufmodell: Beste Bildung – nachhaltig gemeinsam finanziert!

Gute und gleiche Bildungschancen für alle sind von zentraler Bedeutung für eine zukunftsfähige Gesellschaft – für mehr soziale Aufstiegschancen, mehr Wirtschaftswachstum und für eine stabile Demokratie. In Deutschland allerdings werden – das belegen internationale Studien wieder und wieder – die Bildungs- und Lebenschancen stärker als in fast allen anderen OECD-Staaten durch die soziale Herkunft bestimmt.

Das ist nicht allein ein Gerechtigkeitsproblem – es ist ein wirtschaftliches Problem, das sich mit konkreten Auswirkungen auf das BIP beziffern lässt – und es ist ein gesellschaftliches Problem, weil es bereits bei den Kindern die Weichen in Richtung gesellschaftliche Spaltung statt auf Zusammenhalt und Teilhabe für alle stellt.



Fionn Große

KLAUSUR

DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Die SPD-Bundestagsfraktion traf sich Anfang September zu ihrer zweitägigen Klausursitzung, um die Weichen zu stellen, um Deutschland in zentralen Themen fit für morgen und krisenfest zu machen. Die meisten Schlagzeilen produzierte die Rede von Hape Kerkeling vor der Fraktion. Sein Thema: „Alles Ansichtssache? Wo die Toleranz in einer Demokratie ihre Grenzen hat und worauf es jetzt ankommt.“ Kerkeling sprach über Toleranz und ihre Grenzen: Menschenwürde ist nicht verhandelbar, Fakten sind nicht beliebig – und eine Demokratie darf sich gegen diejenigen verteidigen, die ihre Offenheit gegen sie wenden. Seine beeindruckende Rede im Wortlaut gibt es **HIER**.

Mein Schwerpunkt Arbeit & Soziales war ebenfalls Schwerpunkt der Klausur: Über „KI und Robotik: Kollegin, Konkurrentin oder beides?“ konnten wir mit Dr. Meike Zehlike und Prof. Dr. Oliver Brock von der TU Berlin diskutieren. In unserem Positionspapier „Damit Fortschritt bei allen ankommt: gute Arbeit im KI-Zeitalter“ (**HIER** lesen) stellen wir klar: Wir haben keine Angst vor KI, Beschäftigte müssen aber von Anfang an mitgenommen werden: mit Mitbestimmung, Datenschutz und Weiterbildung.

KANADA

NEUE BEZIEHUNGSEBENE MIT DER EU

Den Besuch des kanadischen Premiers Mark Carney in Europa und seine Rede im EU-Parlament in Straßburg habe ich aufmerksam verfolgt. Als Vorsitzender der Deutsch-Kanadischen Parlamentariergruppe begrüße ich ausdrücklich die gegenseitigen Bekundungen von EU und Kanada zur Vertiefung der Partnerschaft. Denn bereits heute arbeiten Deutschland und die EU eng mit Kanada zusammen: von Sicherheit und Verteidigung, über Wirtschaft und Forschung, bis hin zu Klima-, Rohstoff- und Energiepolitik. Dazu tausche ich mich regelmäßig mit unseren kanadischen Freunden aus, wie im Bild zu sehen mit (v.l.n.r.) Botschafterin Vera Alexander, Gesandte und stellvertretende Leiterin der Botschaft Kanadas in Deutschland Evelyne Coulombe sowie deren Vorgängerin Isabelle Poupart. Eine Vertiefung der Beziehung tut beiden Seiten gut.



Bernd Rützel
Für uns im Deutschen Bundestag

sozial - kompetent - nah

TOP ▲ ▼ FLOP DES MONATS

TOP: BESSERE ARBEITSMOBILITÄT

Gute Nachrichten aus Brüssel: Die EU-Kommission will durch Digitalisierung und Entbürokratisierung die EU-weiten Verfahren zur Anerkennung von Berufsqualifikationen vereinfachen und damit das Arbeiten über Landesgrenzen hinweg erleichtern. Zudem soll ein europäischer Sozialversicherungsausweis kommen. Es wird Zeit!

FLOP: REKORD-HANDELSDEFIZIT

Schlechte Nachrichten aus Brüssel: Rund eine Milliarde Euro umfasst mittlerweile das tägliche (!!) Handelsdefizit zwischen der EU und China. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte an, diese Entwicklung stoppen zu wollen. Künftig soll der Zugang europäischer Unternehmen zum chinesischen Markt verbessert, Handelsbarrieren abgebaut und der massive Zustrom chinesischer Waren auf den europäischen Markt eingedämmt werden. Im Rat bestehe grundsätzlich Einigkeit über den Handlungsbedarf und die Notwendigkeit eines härteren Umgangs mit China, so von der Leyen. Bis Oktober 2026 sollen nun erste konkrete Ergebnisse vorliegen. Ich bin skeptisch, ob das was wird.



HAUSHALT

BUNDESTAGS-BERATUNGEN BEGINNEN

Der Bundestag hat in erster Lesung den Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2027 beraten. Mit einem Gesamtvolumen von 555,4 Milliarden Euro setzt der Entwurf klare Schwerpunkte bei Investitionen, Sicherheit und soliden öffentlichen Finanzen.

Nun beginnen die Beratungen im Parlament, bevor der Haushalt Ende November beschlossen werden soll. Für uns als SPD-Bundestagsfraktion gehören finanzielle Stabilität und sozialer Zusammenhalt zusammen. In den weiteren parlamentarischen Beratungen werden wir darauf achten, dass diese Balance erhalten bleibt. Wir müssen vor allem den sozialen Zusammenhalt stärken, indem wir unsere sozialen Sicherungssysteme so reformieren, dass sie auch in 20 und 30 Jahren noch funktionieren.

Mit dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität werden wichtige Zukunftsinvestitionen ermöglicht, die den Investitionsstau der vergangenen Jahrzehnte abbauen und neues Wachstum fördern. Gleichzeitig stärkt die Bundesregierung mit höheren Ausgaben für Bundeswehr, Katastrophenschutz und innere Sicherheit die Widerstandsfähigkeit unseres Landes. Mehr dazu gibt es **HIER**.

FÖRDERUNG FÜR SCHWIMMBÄDER

Gleich vier Vorhaben in unserer Region unterstützt der Bund mit dem aktuellen Schwimmbadförderprogramm:

- Die Sanierung des Freibades in Schöllkrippen wird mit 720.000 Euro unterstützt.
- Für das Waldschwimmbad Stockstadt gibt es 1.138.500 Euro.
- Amorbach kann sich über Bundesförderung für die Sanierung des Freibades Bayerischer Odenwald in Höhe von 525.000 Euro freuen.
- Und für den Ersatzneubau des Freibades Geisbergbad in Veithöchheim stellt der Bund 720.000 Euro zur Verfügung.

Der Bund investiert massiv in die kommunale Infrastruktur, vor allem in Sportanlagen. Ich freue mich, dass dieses Geld auch in die Region geht und bin sicher, dass es hier bei uns vor Ort bestens angelegt ist.

Mein Dank geht an die vielen engagierten Menschen vor Ort, die die Anträge vorbereitet und auf den Weg gebracht haben!

... UND FÜR DEN KATASTROPHENSCHUTZ

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe BBK hat dem Land Bayern fünf CBRN-Erkundungswagen übergeben. Einen erhält der Landkreis Miltenberg, der Standort wird Großheubach sein. Mit dem neuen Fahrzeug können chemische, biologische und radiologische Kontaminationen untersucht und markiert sowie die Bevölkerung gewarnt werden. Mit der Ergänzung des Katastrophenschutzes der Länder durch Fahrzeuge, Ausstattung und Gerät für Brandschutz, CBRN-Schutz, Sanitätswesen und Betreuung ergänzt der Bund die vom Land und den Kommunen bereitgestellten Fahrzeuge um solche, die im Verteidigungsfall zusätzlich erforderlich sind. Ich freue mich, dass hiervon nun auch unsere Region direkt profitiert.



ZAHLE DES MONATS

273.000.000

Weltweit gehen 273 Millionen Kinder und Jugendliche nicht zur Schule. Mit der Verabschiedung der Globalen Nachhaltigkeitsagenda hat sich die Weltgemeinschaft verpflichtet, bis 2030 für alle Menschen inklusive, chancengerechte und hochwertige Bildung sicherzustellen. Die UNESCO koordiniert die Umsetzung, evaluiert die Fortschritte und veröffentlicht jährlich den Weltbil-

dungsbericht. Und wir? Wir sängen am Lieferkettengesetz, das dafür sorgt, dass Kinder in die Schule gehen können, anstatt für uns billige T-Shirts unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen herzustellen. Dabei zeigt der Bericht sehr gut, dass langfristige Investitionen und die gezielte Unterstützung benachteiligter Gruppen den Zugang zu Bildung und den Bildungserfolg insgesamt verbessern können: Wir müssen den Kindern Chancen geben und dürfen sie nicht für unseren billigen Konsum ausbeuten!

BERLIN

RENTE BRAUCHT SICHERHEIT

... darüber war ich mir mit der Vorstandsvorsitzenden des SoVD - Sozialverband Deutschland e.V., Michaela Engelmaier, schnell einig: Das Renteneintrittsalter darf nicht weiter angehoben werden. Die abschlagsfreie Altersrente nach 45 Beitragsjahren muss erhalten bleiben. Wer jahrzehntelang gearbeitet und Beiträge eingezahlt hat, verdient Verlässlichkeit und Respekt – und die Gewissheit, im Alter gut abgesichert zu sein. Danke für den guten Austausch. Wir bleiben im Gespräch und setzen uns weiter für eine gerechte und verlässliche Rente ein.



Büro Rützel

DAS FLG IN BERLIN

Den Bericht der Zehntklässler des Friedrich-List-Gymnasiums über ihre Studienfahrt nach Berlin im Main-Echo zu lesen, hat mir große Freude bereitet. Der ist richtig toll geschrieben! Schön, dass ihr da wart und wir uns über unsere Demokratie und die Arbeit als Bundestagsabgeordneter austauschen konnten. **HIER** geht's zum Artikel auf mainecho.de



TAGESAKTUELL INFORMIERT:



ZITAT DES MONATS

“Was die Wirtschaft durch Kinderarbeit spart, zahlt die Gesellschaft später tausendfach zurück.”

Lewis Wickes Hine
amerikanischer Soziologe
(1874 - 1940)

VOR ORT

OGV ADELSBERG

100 Jahre Obst- und Gartenbauverein Adelsberg. Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag. Ihr habt Beeindruckendes geleistet, eure Chronik ist beispielhaft. Die Vereinsarbeit verschönert das Dorf und sorgt für eine intakte Flur. Die Arbeit im Garten ersetzt wohl manchen Gang zum Psychiater. Für die Zukunft alles Gute.



Büro Rützel

GUTE ARBEIT AUF DER STRASSE

Die Tage hat mich Burkhard Taggart aus Markt-Heidenfeld in meinem Büro in Gemünden besucht. Schon lange kämpft er für bessere Arbeitsbedingungen für LKW-Fahrer und hat dazu vor etlichen Jahren den Kraftfahrerkreis (KfK) Aschaffenburg-Miltenberg mitgegründet. 2022 hat er auch auf meine Initiative hin im Bundestag als Sachverständiger in einer Anhörung des Verkehrsausschusses gesprochen.

Bericht aus Berlin

mit unserem
Bundestagsabgeordneten
Bernd Rützel

 **Do, 01.10.2026**

 **18:00 Uhr**

 **Bürgermeisterei
Hauptstraße 161
63928 Eichenbühl**

Main-Erf

SPD



Seitdem hat sich einiges getan – gleichzeitig bleibt viel zu tun, gerade was die vielfach überlangen (und oft versteckten) Arbeitszeiten angeht. In dem Zusammenhang haben wir auch über Lockerung des LKW-Fahrverbotes wegen des Niedrigwassers in wichtigen Schifffahrtsstraßen gesprochen. Das trifft die Beschäftigten einer Branche, die sowieso schon seit Jahren unter Fachkräftemangel, hohem Zeitdruck und belastenden Arbeitsbedingungen leidet. Wir bleiben im Austausch und kämpfen gemeinsam weiter für bessere Arbeitsbedingungen!



Büro Rützel

GASTBEITRAG

Büro Martina Fehlner



**VON MDL
MARTINA FEHLNER**

Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Pünktlich zum Schulstart in Bayern ist die neue Pisa-Studie erschienen – und sie sorgt erneut für einige Furore im öffentlichen Bildungsdiskurs. Denn nie zuvor haben deutsche Schülerinnen und Schüler bei der internationalen Schulleistungsstudie mit 91 beteiligten Ländern schlechter abgeschnitten.

Nun haben die Leistungen der 15-Jährigen in den evaluierten Bereichen Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften weiter nachgelassen: beim Rechnen ging's besonders stark bergab. Aber auch die Leseleistung hat sich rapide verschlechtert. Schülerinnen und Schülern fällt es immer schwerer, längere und kompliziertere Texte zu verstehen.

Besonders Sorge bereitet der wachsende Anteil an Jugendlichen, denen selbst Grundlagenkompetenzen völlig fehlen. Beim Rechnen und Lesen ist es mittlerweile jeder dritte Schüler.

Ein spezifisch deutsches, wachsendes Problem ist auch, dass der Bildungserfolg sehr stark an die soziale Herkunft eines Kindes geknüpft ist. In der neuen Pisa-Studie belegt Deutschland bei der Bildungsgerechtigkeit im Ländervergleich einen der letzten Plätze. Eine erschreckende Entwicklung.

Was läuft also immer noch schief, obwohl die Probleme doch bereits seit 25 Jahren bekannt sind?

Tatsächlich ist seit der ersten Pisa-Erhebung einiges passiert. Auch in Bayern. Und doch vermissen wir Abgeordneten der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag ein echtes Bekenntnis der Staatsregierung zu einer Bildungspolitik, die die Chancengleichheit aller Kinder in den Mittelpunkt stellt.

Ein Beispiel: Die Staatsregierung sollte das bundesweite „Startchancen-Programm“ deutlich stärker mit Landesmitteln unterfüttern. Immerhin 580 bayerische Schulen nehmen daran teil, 24 davon am Bayerischen Untermain. Damit das Programm jedoch seine volle Wirkung entfalten kann, braucht es mehr Investitionen etwa in Schulausstattung, zusätzliche Sozialarbeiter und Schulpsychologen. Doch nicht nur Grundschulen, auch die Mittelschulen verdienen mehr Aufmerksamkeit. Dass hier allein im laufenden Schuljahr 500 Lehrkräfte fehlen, ist nicht akzeptabel. Da wirkt das bestehende Stellenmoratorium der Staatsregierung absolut kontraproduktiv.

Bildung ist der Schlüssel für Wohlstand, für Gleichberechtigung und Teilhabe. Sie ist die beste Prophylaxe gegen Radikalisierung in jedwede Richtung, sie impft gegen Populismus und Desinformation. Jedes Kind muss die Chance erhalten, seine Fähigkeiten voll zu entfalten – egal ob seine Eltern arm oder reich sind, ob es in Kyiw, Kabul oder Kleinostheim geboren ist, in der Stadt oder auf dem Land lebt.

Für eine gerechte Bildungspolitik setze ich mich mit meiner Arbeit im Bayerischen Landtag auch in Zukunft mit Nachdruck ein.

Herzlich,

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlner.de